



Vorschlag für Europas Plan gegen den Krebs

Konsum von Tabak und Alkohol soll massiv reduziert werden

Die Europäische Kommission legte am 03.02.2021 „Europas Plan gegen den Krebs“ (Cancer Beating Plan) vor, eine aus Sicht der Behörde wichtigsten gesundheitspolitischen Prioritäten der Kommission von der Leyen für die Europäische Union. Gestützt auf neue Technologien, Forschung und Innovation enthält der Plan ein neues, europäisches Konzept für Krebsprävention, -behandlung und -versorgung vor. Er umfasst das gesamte Krankheitsspektrum, von der Vorsorge bis hin zur Förderung der Lebensqualität von Krebskranken und -überlebenden.

Das Vorhaben hat vier Säulen:

Prävention durch Maßnahmen zur Bekämpfung der wichtigsten Risikofaktoren. Dazu gehören der Tabakkonsum – bis 2040 soll erreicht werden, dass weniger als fünf Prozent der Bevölkerung Tabak konsumieren –, schädlicher Alkoholkonsum, Umweltverschmutzung und Exposition gegenüber gefährlichen Stoffen. Darüber hinaus soll mit der Kampagne „HealthyLifestyle4All“ und mit weiteren Maßnahmen, die bereits aus der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ für ein nachhaltiges Nahrungsmittelsystem bekannt sind, eine gesündere Ernährung und mehr Bewegung gefördert werden; eine im Vorfeld diskutierte explizite kritische Betrachtung des Verzehrs von rotem Fleisch ist hingegen in der Endfassung der Mitteilung nicht enthalten. Um durch Infektionen verursachte Krebserkrankungen zu verhindern, sieht der Plan vor, dass bis 2030 mindestens 90% der Mädchen-Zielpopulation in der EU geimpft wird und bei den Jungen eine deutliche Steigerung der Imp fzahlen erreicht wird.

Früherkennung durch Verbesserung des Zugangs zu und der Qualität von entsprechenden Verfahren sowie der Diagnostik. Außerdem sollen die Mitgliedstaaten dabei unterstützt werden, bis 2025 für 90% der für eine Brustkrebs-, Gebärmutterhalskrebs- bzw. Darmkrebs-Früherkennung infrage kommenden Unions-Bürgerinnen und -Bürger Vorsorgeuntersuchungen anzubieten. Um dies zu erreichen, wird ein neues, von der EU unterstütztes Krebsvorsorgeprogramm vorgelegt.

Diagnose und Behandlung, vor dem Hintergrund von Maßnahmen, die eine besser integrierte und umfassende Versorgung von Krebskranken gewährleisten und gegen Ungleichheiten beim Zugang zu hochwertiger Versorgung und hochwertigen Arzneimitteln vorgehen. Bis 2030 sollten 90% der betroffenen Patientinnen und Patienten Zugang zu nationalen onkologischen Spitzenzentren haben, die über ein neues EU-Netz vernetzt sind. Darüber hinaus wird bis Ende 2021 eine neue Initiative „Krebsdiagnostik und Behandlung für alle“ eingeleitet, die dazu beitragen soll, den Zugang zu innovativen Krebsdiagnosen und -behandlungen zu verbessern. Die Europäische Initiative zum Verständnis von Krebs (UNCAN.eu) soll dazu beitragen, Personen mit hohem Risiko für häufige Krebsarten zu ermitteln.

Verbesserung der Lebensqualität von Krebskranken und Krebsüberlebenden. Zu diesem Bereich gehören die Themen Rehabilitation, wiederauftretende Tumore, metastasierte Erkrankung sowie Maßnahmen zur Förderung der sozialen Integration und der Wiedereingliederung am Arbeitsplatz. Es wird eine Initiative „Besseres Leben für Krebskranke“ ins Leben gerufen, deren Schwerpunkt auf der Nachsorge liegt.

Außerdem soll zur Unterstützung von neuen Technologien, Forschung und Innovation ein neues Wissenszentrum für Krebs gegründet werden, das auf EU-Ebene zur Koordinierung wissenschaftlicher und technischer Initiativen gegen Krebs beitragen soll. Es wird eine europäische Initiative über bildgebende Verfahren in der Krebsmedizin auf den Weg gebracht, die die Entwicklung neuer computergestützter Instrumente zur Verbesserung von personalisierter Medizin und innovativen Lösungen fördern soll.

Der Plan umfasst zehn Leitinitiativen und Folgemaßnahmen, deren konkrete Ausgestaltung aber abzuwarten bleibt. Nach Vorstellung der Kommission soll der Plan „mithilfe der gesamten Palette der



Finanzierungsinstrumente“ umgesetzt werden. Vier Mrd. Euro sind für einschlägige Maßnahmen gegen Krebs vorgesehen, davon 1,25 Mrd. Euro aus dem künftigen Programm „EU4Health“.

Darüber hinaus könnten aus dem neuen Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont Europa“ insgesamt zwei Mrd. Euro zur Unterstützung des Plans und anderer krebsbezogener Forschungsprojekte bereitgestellt werden. Aus Erasmus+, dem sog. Europäischen Technologieinstitut und den sog. Marie-Sklódowska-Curie-Maßnahmen könnten insgesamt bis zu 500 Mio. Euro für Projekte in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Forschung im Zusammenhang mit Krebs bereitgestellt werden. Das Programm „Digitales Europa“ könnte sich auf digitale Investitionen, elektronische Daten und digitale Kompetenzen konzentrieren und bis zu 250 Mio. Euro für krebsbezogene Projekte bereitstellen.

Finanz- bzw. steuerpolitische Instrumente sollen schließlich auch bei der zielgerichteten Bekämpfung wichtiger Risikofaktoren wie Tabak- oder Alkoholkonsum eine wichtige Rolle spielen.

So ist laut Kommission eines der wirksamsten Instrumente zur Bekämpfung des Tabakkonsums die **Tabaksteuer**, weil sie vor allem junge Menschen davon abhalte, mit dem Rauchen zu beginnen. Die Kommission plant daher, die Richtlinie über die Besteuerung von Tabakwaren (2011/64/EU) und den Rechtsrahmen für den grenzüberschreitenden Kauf von Tabakerzeugnissen durch Privatpersonen (Art. 32 der Richtlinie 2008/118/EG) zu überarbeiten. Dabei soll die Besteuerung auch auf neuartige Tabakerzeugnisse ausgedehnt werden.

Darüber hinaus will die Kommission die EU-Rechtsvorschriften für die **Alkoholbesteuerung** und für den **grenzüberschreitenden Kauf von Alkohol durch Privatpersonen** überarbeiten. Diese sollen aber weiterhin dazu geeignet sein, das Ziel, öffentliche Einnahmen zu generieren, mit dem Ziel des Gesundheitsschutzes zu vereinbaren.

In dem Zusammenhang ist auch auf die am 01.02.2021 gestartete öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Verbrauchsteuervorschriften für im Ausland gekauften Alkohol und Tabak hinzuweisen, die bis zum 23.04.2021 läuft.

Schließlich können – so die Kommission – auch **steuerliche Anreize für einen höheren Konsum gesunder Lebensmittel** zur Gesundheitsförderung beitragen. In diesem Zusammenhang weist die Kommission auf ihren (gegenwärtig im Rat verhandelten) **Vorschlag zu den Mehrwertsteuersätzen** hin, der es den Mitgliedstaaten ermögliche, Steuersätze zielgerichteter einzusetzen, um beispielsweise gesunde und nahrhafte Lebensmittel breiter verfügbar und erschwinglicher zu machen. Zusätzlich will die Kommission 2022 eine **Studie mit einer Bestandsaufnahme der steuerlichen Maßnahmen und der Maßnahmen zur Preisgestaltung** bei Zucker, Erfrischungsgetränken und alkoholischen Getränken veröffentlichen. Im Anschluss daran werde sie prüfen, ob ein Vorschlag mit neuen steuerlichen Maßnahmen für Zucker und Erfrischungsgetränke machbar wäre.

Weiterführende Informationen:

https://ec.europa.eu/health/sites/health/files/non_communicable_diseases/docs/eu_cancer_plan_de.pdf

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12650-Alcohol-tobacco-bought-abroad-review-of-tax-rules/public-consultation>